

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

16. WP - 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. November 2005, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG) - Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/316	
<b>Generelle Überprüfung der Umsatzsteuerermäßigung</b>	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/356	
<b>2. Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2003</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ausschussvorsitzenden Umdruck 16/378	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haus- haltsplan für das Haushaltsjahr 2005</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/362	
<b>4. Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushalt 2006 (Nachschie- beliste)</b>	<b>8</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/366	
<b>5. Information/Kennntnisnahme</b>	<b>10</b>

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG)  
- Ermäßigte Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/316

**Generelle Überprüfung der Umsatzsteuerermäßigung**

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/356

(überwiesen am 11. November 2005)

hierzu: Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD  
Umdruck 16/401

Die Ausschussmitglieder bekräftigen ihre in der Plenardebatte am 11. November 2005 vorgebrachten Positionen. Die Mitglieder der kleinen Fraktionen legen Wert darauf, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vollständig zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet werde.

CDU und SPD bringen als Tischvorlage einen Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein, Umdruck 16/401.

Der Antrag von Abg. Müller, bei der Überprüfung der Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuergesetz den Schwerpunkt neben sozialen Maßstäben wie bisher auch auf ökologische Kriterien zu legen, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Abg. Müller regt darüber hinaus an, im Laufe des nächsten Jahres gemeinsam mit dem Sozialausschuss eine Anhörung zur Frage der Verzahnung von Steuersystem und Sozialversicherungssystem durchzuführen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind sich in dem Ziel einig, sowohl zu einer Verringerung der mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegten Güter und Dienstleistungen zu kommen als auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer so weit wie möglich zur Senkung der Lohnnebenkosten zu nutzen.

Der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/316, wird mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP abgelehnt.

Nummer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/356, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 2 und 3 werden mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Nummer 1 des Antrages der Fraktionen von CDU und SPD wird einstimmig, Nummer 2 mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Nummer 3 mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Antrag Drucksache 16/356 wird in der Fassung des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen, Umdruck 16/401, mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 2005 des Landesrechnungshofs  
mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2003**

Vorlage des Ausschussvorsitzenden  
Umdruck 16/378

Während der Finanzausschuss die vom Landesrechnungshof vorgeschlagene und mit dem Finanzministerium abgestimmte Änderung zu Textziffer 9 - Innenrevision -, Umdruck 16/402, aufnimmt, folgt er dem vom Sozialministerium mit Umdruck 16/403 vorgetragenen Petition zu Textziffer 28 - Krankenhausfinanzierung - nicht.

Einstimmig werden die Voten mit der genannten Änderung bei Textziffer 9 angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/362

(gemäß § 29 GeschO unmittelbar überwiesen durch Schreiben des Landtagspräsidenten vom 15. November 2005, Umdruck 16/376)

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den 2. Nachtragshaushalt unverändert anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushalt 2006 (Nachschiebeliste)**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 16/366

hierzu: Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Umdruck 16/397

M Wiegard führt einleitend in die Nachschiebeliste, Umdruck 16/366, ein und nennt die wesentlichen Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf.

Abg. Müller bittet das Finanzministerium darum, die Tabelle der Haushaltseckwerte in Anlage 1 um folgende zwei Spalten zu ergänzen: Ursprungshaushalt 2005 und Ist 2004. Er möchte vor der zweiten Lesung des Haushalts im Dezember von der Landesregierung wissen, wie viele Mittel aus dem Schleswig-Holstein-Fonds gebunden, verausgabt und abgeflossen seien. Er kritisiert, dass auf eine Beteiligung der Kommunen am Unterhaltsvorschussgesetz verzichtet und die Investitionsquote des Landes noch weiter abgesenkt werde. Außerdem hinterfragt er die Notwendigkeit der Einstellung einer globalen Mindereinnahme in Höhe von 25 Millionen €, anstatt diese Mittel zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden.

M Wiegard entgegnet, die Ausweisung der globalen Mindereinnahme in Höhe von 25 Millionen € sei auf frühere Erfahrungen mit Wachstumsannahmen und Steuerschätzungen zurückzuführen. Es sei ehrlicher, von vornherein Vorsorge zu treffen.

Abg. Sauter relativiert die Veränderungen bei den Investitionen vor dem Hintergrund des zugrunde zu legenden Investitionsbegriffs.

Auf eine Frage von Abg. Spoorendonk zur Eingliederungshilfe teilt Herr Schirmacher mit, die Landesregierung habe sich entschlossen, bestimmte Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe in Zukunft auf die Kreise zu übertragen und die entsprechenden Finanzmittel zu transferieren. Zwischen der kommunalen Seite und dem Land bestehe ein Dissens hinsichtlich der Verantwortung für Menschen mit Behinderung über 60 Jahre in Einrichtungen. Unter Wahrung der Rechtsposition habe man sich im Abstimmungsverfahren darauf geeinigt, dass

das Land die Finanzverantwortung für diesen Personenkreis übernehme, während die Kreise für Hilfen außerhalb von Einrichtungen zuständig blieben.

P Dr. Altmann greift die Stellungnahme des Landesrechnungshofs zum Haushaltsentwurf auf und mahnt größere Anstrengungen des Landes zur Haushaltssanierung an. Er kritisiert, dass mit der Nachschiebeliste die Ausgaben des Landes weiter stiegen, die Kreditaufnahme nicht abgesenkt werde, kaum Personalkosteneinsparungen erzielt würden, die Investitionsquote weiter sinke und sich damit die Kreditobergrenze verringere. Er erwartet, dass zur Abdeckung von Haushaltsrisiken nicht in Anspruch genommene Mittel zur Senkung der Kreditaufnahme verwendet würden. Außerdem regt er an, bei Haushaltsstelle 1005-684 04 - Zuschüsse für soziale Zwecke an die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände - für die Folgejahre Verpflichtungsermächtigungen auszubringen.

M Wiegard äußert, er teile die allgemeinen Anmerkungen des Landesrechnungshofs. Zur Konsolidierung des Haushalts habe die Landesregierung eine klare Bestandsaufnahme durchgeführt und Ziele definiert sowie Maßnahmen eingeleitet, die mittelfristig wirksam würden. Für eine Reihe von Ausgaben, die das Land träfen, sei das Land nicht verantwortlich. Auf Fragen von Abg. Müller erwidert er, der Sozialvertrag zwischen dem Land und den Wohlfahrtsverbänden sei noch nicht geschlossen. Mit der Nachschiebeliste schlage man neben einer Erhöhung der Zahl der Stellen für Finanz- und Steueranwärter vier neue Stellen für das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften sowie eine neue Stelle für einen Anstaltsarzt in der JVA Lübeck vor.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Umdruck 16/309 – GA Agrarstruktur und Küstenschutz

Umdruck 16/310 – Schuldner- und Insolvenzberatung

Umdruck 16/312 – Um- und Erweiterungsbauten

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis.

Auf eine Frage von Abg. Müller zu Umdruck 16/312 - Um- und Erweiterungsbauten des Landes - teilt Herr Klindt mit, die Bauunterhaltungsmittel lägen in der Verantwortung der LVSH. Die Summe der Bauunterhaltungsmittel sei um gut 4 Millionen € aufgestockt worden.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer